

Merkel, Wolfgang

Article

Putins Reich

WZB-Mitteilungen: Quartalsheft für Sozialforschung

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Merkel, Wolfgang (2023) : Putins Reich, WZB-Mitteilungen: Quartalsheft für Sozialforschung, ISSN 2943-6613, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin, Iss. 179 (1/23), pp. 45-48,
<https://bibliothek.wzb.eu/artikel/2023/f-25365.pdf>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/327816>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Putins Reich

Die Transformation Russlands und die Chancen für einen Regimewechsel

Gut 13 Monate ist es her, dass Russland unter Putin seinen Angriffskrieg auf die Ukraine begann. Und seit dem 24. Februar 2022 wird darüber debattiert, teilweise heftig gestritten, welche Ursachen zu dieser Eskalation beigetragen haben, wie der Krieg beendet werden kann, mit welchen Folgen für die Kriegsparteien und Europa. Für diese Diskussion ist der Blick auf die Herrschaftsverhältnisse in Russland unverzichtbar: Wie extrem ist das Regime unter Putin geworden und welche Zukunftsaussichten hat das Land?

Wolfgang Merkel

Große Teile der russischen Opposition, aber auch Stimmen im Westen, ordnen Putins Russland mittlerweile als faschistisch ein. Unbeachtet bleibt, dass es verschiedene Lesarten des Faschismus gibt. Eine ist die analytische Richtung, wie sie von Historikern und Politikwissenschaftlern mit Blick auf den deutschen Nationalsozialismus und den italienischen Faschismus eingeschlagen wurde. Die andere ist die politische und populäre Instrumentalisierung des Begriffs. Als Kampfbegriff verliert der Faschismus seine analytischen Konturen. Dann reicht er von Hitler bis zur AfD. Historiker unterscheiden präziser unterschiedliche Varianten des Faschismus. Dem italienischen Faschismus etwa fehlt der massenmörderische Antisemitismus des deutschen Holocausts. Dieser trennt den Nationalsozialismus von den anderen faschistischen Regimen der Zwischenkriegszeit in West- wie Osteuropa.

Bei genauerer Betrachtung ergeben sich mehr Unterschiede denn Gemeinsamkeiten zwischen Putins Regime und Hitlers Deutschland. Gemeinsam mit den Faschismen der Zwischen-

kriegszeit in den 1920er- und 1930er-Jahren sind Putins territorialer Revisionismus, Nationalismus und Personalismus bis hin zum Führerprinzip. Schon der Nationalismus aber ist ein anderer: Er ist nicht rassistisch, sondern politisch und multiethnisch. Ein kardinaler Un-

„Putins Nationalismus ist nicht rassistisch, sondern politisch und multiethnisch“

terschied ist, dass es in Putins Regime keine systematischen rassistischen Vernichtungsaktionen gibt, wie sie Hitler nach 1938 (Reichsgromnacht) und dann vor allem nach 1941 (Wannseekonferenz) gegen die deutschen und europäischen Juden organisieren ließ. Das russische Regime hat nach innen keinen rassistischen Vernichtungswillen wie der Nationalsozialismus oder Massenerschießungen wie der Stalinismus, etwa im Jahre 1937, als mit dem

berüchtigten Befehl 00447 mindestens 1,5 Millionen Menschen verhaftet und ungefähr 700.000 exekutiert wurden. Dagegen sind nicht totalitäre autokratische Regime selbst in ihrer Repression einem gewissen formalen Legalitätsprinzip unterworfen, um den Schein legalen Handelns zu erzeugen. Dazu gehören Wahlen, auch wenn diese in Russland nach 2000 zunehmend manipuliert wurden. In der Forschung zu politischen Regimen wird dieses Phänomen als electoral authoritarianism beschrieben. Hinter der scheindemokratischen Fassade hat Putin ein zunehmend repressives Regime etabliert. Es ist einschüchternd, gezielt und effektiv, hat aber nach innen keinen massenmörderischen Charakter, der sich im Nationalsozialismus, im frühmaoistischen China oder im totalitären Regime des Massenmörders Pol Pot in Kambodscha von 1975 bis 1979 gezeigt hat.

Ein weiterer wichtiger Unterschied zwischen Putins Herrschaft und den faschistischen Regimen Italiens und Deutschlands: Die italienischen Faschisten, und insbesondere die deutschen Nationalsozialisten, haben zunächst ihre Anhänger mobilisiert und dann die Gesellschaft durchorganisiert. Putin tut das Gegenteil – er demobilisiert die Gesellschaft und fördert ihre politische Apathie. Damit ist Russland einem anderen Regimetyp zuzuordnen. Dieser kennt keine frühen faschistischen sozialen Bewegungen, keine gelenkten Massenorganisationen oder gesellschaftlichen Aufmärsche. Wir sehen innen eine andere politische Dynamik. Mobilisierung auf der einen, Demobilisierungen auf der anderen Seite. Faschismus und Nationalsozialismus hatten zudem eine Zukunftsorientierung. Sie wollten – dem Leninismus-Stalinismus nicht unähnlich – einen neuen Menschentyp schaffen. Gleiches gibt es bei dem weitgehend entideologisierten Machtregime Putins weder in der Theorie noch in der Praxis.

Die Leerstelle ideologischer Legitimation öffnet den Blick auf eine weitere Charakterisierung des Regimes. Während Jelzins Regierungszeit eine anarchische Kleptokratie war, wurde diese von Putin und seinem Zirkel zu einer klassischen Rentenökonomie umgebaut, wie wir sie aus Petro-Staaten in der ehemals sogenannten „Dritten Welt“ kennen. Es bildeten sich Staatsklassen, die sich über die Zwangsmittel des Staates die Kontrolle oder gar das „Eigentum“ der Rohstoffe und Ressourcen verschafften und sich selbst bereicherten. Es ist nicht nur

der Diktator selbst, sondern die von ihm geschaffenen Staatsklassen, deren persönliches Schicksal an das Schicksal des Regimes gebunden sind. Sie können dieses state capture nicht aufgeben, es sei denn, sie geben ihre politische wie wirtschaftliche Existenz selbst auf. Dies stabilisiert das Regime mehr, als es die westlichen Träume von einem Regime Change wahrhaben wollen.

Historische Bezüge auf den Faschismus vor 100 Jahren bringen heute keine neuen Einsichten in Putins Regime. Einen Vergleich mit faschistischen Führern anzustellen, ist grundsätzlich möglich – Putin mit Hitler gleichsetzen,

„Auch der Vergleich von Putins Regime mit dem Stalinismus hinkt“

wie es in der aktuellen Diskussion teilweise getan wird, kann man aber nicht. Putin ist ein Kriegsverbrecher, er hat die Ukraine angegriffen, aber nicht wie Hitler die Welt angezündet und einen Holocaust organisiert. Auch der zuweilen bemühte Vergleich mit dem Stalinismus hinkt. Der Stalinismus war ideologisch, gesellschaftlich und institutionell durchorganisiert, die Wirtschaft verstaatlicht. In Putins Russland hat sich ein oligarchischer Kapitalismus durchgesetzt, dessen Akteure zunächst Putin an die Macht gebracht haben. Zwanzig Jahre danach haben sich die Machtverhältnisse umgekehrt. Nun ist es Putin, der die Oligarchen nach seinen Machtkalkülen orchestriert. Was Putins Regime zudem fehlt, ist ein fester institutioneller Unterbau. Dies zeigt sich unter anderem an Putins fehlender Nachfolgeregelung. Im Stalinismus war klar, wie die Nachfolge Stalins geregelt würde, dafür hatte man mit dem Politbüro und dem Parteistatut Personen, Verfahren und Institutionen. Die Nachfolge Putins dagegen ist ebenso ungeklärt wie die politische Herrschaftsform, die nach ihm folgen könnte. Personalistische Diktaturen ohne institutionellen Unterbau hatten noch stets ein Nachfolgeproblem, wenn sie nicht dynastisch organisiert waren.

Das Regime Putins lässt sich, ganz ohne die Kategorie Faschismus nutzen zu müssen, anhand von sechs wichtigen Elementen typologisch einordnen. Erstens: Das Regime ist revisionistisch, was die territorialen Grenzen des Landes

angeht. Zweitens: Es ist multiethnisch-nationalistisch, indem es zunehmend die tatsächliche oder imaginierte Größe der russischen Nation in der Historie betont. Drittens: Es ist ein personalisiertes auf den Präsidenten Putin zugeschnittenes Regime. Viertens: Es ist im Inneren zunehmend repressiv. Fünftens: Es ist ein demobilisiertes System, in dem, anders als im Faschismus, die Gesellschaft depolarisiert ist und auf deren Durchorganisation durch das Regime verzichtet wurde. Sechstens: Das Regime hat keine eigene Herrschaftsideologie, ja nicht einmal eine Herrschaftsidee. Es basiert auf politischer, militärischer und geheimpolizeilicher Macht. Es instrumentalisiert die Justiz und eignet sich nach Bedarf, Ad-hoc-Ideologeme wie Nationalismus, Revisionismus, die kollektive Erinnerung an den „Großen Vaterländischen Krieg“ und weniger überzeugende geschichtliche Mythen an. Der Regimeforscher Juan Linz hat dies einmal in Abgrenzung zu Herrschaftsideologien „Mentalitäten“ genannt. Für eine nachholende Ideologisierung als Herrschaftsinstrument erscheint die occasione im Sinne des italienischen Philosophen Niccolò Machiavelli verpasst. Der für Russland wenig glorreiche Angriffskrieg gegen die Ukraine eignet sich kaum dafür. Je länger der Krieg jedoch dauern wird, umso mehr dürfte sich das autoritäre zu einem totalitären Regime wandeln.

Nach demokratischen, freiheitlichen und völkerrechtlichen Maßstäben ist es damit ein zutiefst autokratisches Regime. Wie lange es sich noch halten kann und ob der Weg in eine – nach heutiger Sicht weit entfernte – demokratische Zukunft möglich scheint, ist schwer zu beurteilen. Denn ohne es zu wollen, hat Putin sein politisches und physisches Schicksal an den Ausgang des Krieges gegen die Ukraine geknüpft. Verliert Russland den Krieg in den Augen der Armeeführung und der Geheimdienste oder gar der Bevölkerung, könnten auch das Regime und Putin selbst enden. Eine personalisierte Diktatur ohne den Diktator ist kaum vorstellbar. Dann treten die berüchtigten Risse im herrschenden Block zutage. Softliner spalten sich von den Regime-Hardlinern ab. Diademenkämpfe brechen aus. Wahrscheinlich ist deshalb keineswegs die Demokratisierung des Landes, sondern der Wechsel zu einer anderen Form autokratischer Herrschaft. Auch das Zwischenstadium einer Hobbes'schen Welt der Sezession und Bürgerkriege ist nicht ausgeschlossen, bevor sich wieder ein vermutlich autokratisches Regime formt.

Wolfgang Merkel *forscht als Senior Fellow am Democracy Institute / Central European University in Budapest, Ungarn. Er ist Direktor emeritus des WZB und emeritierter Professor der Humboldt-Universität zu Berlin.*
wolfgang.merkel@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten

Vor dem Angriffskrieg gegen die Ukraine gab es in Russland einen impliziten Gesellschaftsvertrag. Putin versprach der Bevölkerung im Tausch gegen ausbleibende Opposition wachsenden Wohlstand, kriminelle Bereicherung für regimenahe Oligarchen eingeschlossen. Der Überfall auf die Ukraine, die Kriegsverbrechen, der sich hinziehende Kriegsverlauf, die inter-

„Sollte es einen Regimewandel geben, wird er kaum von den schwachen liberalen, demokratischen Kräften eingeleitet“

nationale Ächtung sowie die westlichen Wirtschaftssanktionen gefährden diesen autoritären Gesellschaftsvertrag, wenn sie ihn nicht gerade beenden. Der (noch) ausbleibende Massenprotest in Russland hat viel mit der demobilisierten Gesellschaft zu tun, in der es zwar in St. Petersburg und Moskau aus der Intelligenzija heraus singuläre heroische Protestaktionen gibt, aber eben keine massenhafte Protestmobilisierung. Auch die Zustimmung zum Diktator spielt eine Rolle. Die Situation kann sich jedoch schnell ändern. Wenn der Angriffskrieg gegen die Ukraine in einer Niederlage und im wirtschaftlichen Niedergang Russlands endet, kriegsmüde, verrohte und berufslose Soldaten zurückkehren, dann könnten größere

Proteste bis zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen ausbrechen. Dass diese zu einer schnellen Demokratisierung führen würden, ist unwahrscheinlich. Sollte es einen Regimewandel in Moskau geben, wird er wohl kaum von den schwachen liberalen, demokratischen Kräften eingeleitet. Der Historiker und Russlandexperte Jörg Babarowski schreibt, in einer solchen Situation käme eher eine unheilige Allianz von Militär, Geheimdiensten, Faschisten und Alt-Kommunisten an die Macht.

Gibt es also tatsächlich keine Demokratisierungschancen? Wir wissen aus der Demokratisierungsforschung, dass es für eine erfolgreiche Demokratisierung bestimmter Voraussetzungen bedarf: Ein Land sollte von Demokratien umgeben und international nicht isoliert sein, über rechtsstaatliche wie demokratische Erfahrungen verfügen und durchsetzungsfähige Demokratisierungsakteure haben. Solche institutionellen Erfahrungen oder gar populäre Demokratisierer sind in Russland dünn gesät. Auch unter Boris Jelzin war Russland eher eine kleptokratische Anokratie, mehr ein failing state denn eine liberale Demokratie. Mit Putin wird es sicherlich keine Demokratie geben können. Aber auch nach Putin ist Demokratie auf kurze Sicht keine wahrscheinliche Perspektive für Russland. Viele Menschen in Russland können der „westlichen“ Demokratie, mit dem sie seit Jelzin Diebstahl, Anarchie, Dekadenz und Staatsauflösung verbinden, nicht viel abgewinnen. Das kann sich ändern, aber es bräuchte Zeit. Der deutsche Weg in die Demokratie zeigt dies sehr anschaulich. Im Westen wie im Osten Deutschlands herrschte auch nach dem Zweiten Weltkrieg eine weitverbreitete Untertanenmentalität. Aber irgendwann haben die Deutschen gelernt, die Demokratie zu achten. Von einer formalen zu einer partizipationsbereiten Demokratie ist Westdeutschland erst im Gefolge der Protestbewegung von 1968 geworden. Der erste richtungspolitische Regie-

ungswechsel 1969 hin zur sozial-liberalen Koalition verstärkte den gesellschaftlichen Demokratisierungsschub. „Mehr Demokratie wagen“ forderte Bundeskanzler Willy Brandt die politischen Eliten auf. Allerdings: Die nationalsozialistische Diktatur währte in Deutschland nur 12 Jahre. Davor gab es 15 Jahre lang den ambitiösen Versuch einer Demokratie in der Weimarer Republik. Und wiederum davor hatte das Kaiserreich einen gut funktionierenden Rechtsstaat mit organisierten Parteien und Verbänden. Nach 1945 stützten der Marshall-Plan und der Re-Education-Prozess den Beginn der westdeutschen Demokratie. All das wird in Russland so schnell nicht zu sehen sein. Dies und die Erblast fast eines ganzen Jahrhunderts totalitärer Herrschaft macht eine Demokratisierung Russlands viel schwerer, als es etwa jene nach 1945 in Deutschland war.

Zuletzt trägt die geopolitische Lage zu den schlechten Aussichten für eine Demokratisierung Russlands bei. Es wird eine Rolle spielen, ob Russland sich stärker mit China assoziiert und es damit zu einer geopolitischen Bi-Polarisierung mit der Führungsmacht USA und dem demokratischen Westen auf der einen und China mit Russland auf der anderen Seite kommt. Dafür spricht manches. Der Demokratisierungsspielraum wird sich für Russland infolge der asymmetrisch-autokratischen Umarmung durch die aufsteigende Supermacht China noch weiter verengen. Insgesamt steht die innen- wie außenpolitische Konstellation nicht günstig für eine Demokratisierung Russlands.

Dieser Artikel beruht auf einem Interview mit dem Autor, das Anna Rose für Radio Liberty/ Free Europe geführt hat und das online auf Russisch unter dem Titel „Чем быстрее он исчезнет, тем лучше“. Немецкий взгляд на путинизм erschienen ist: <https://www.svoboda.org/a/chem-bystrye-on-ischeznet-tem-luchshe-nemetskiy-vzglyad-na-putinizm/32242438.html> (Stand 06.03.2023).